



## BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Berlin, 15.04.2019

### **Berufsbildungsbericht 2019 der Bundesregierung**

Sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen,

am 10.04.2019 stellte die Bundesbildungsministerin, Frau Karliczek, dem Bundeskabinett den Berufsbildungsbericht 2019 vor, den das Kabinett sodann verabschiedet hat.

Dieser ist abrufbar unter: [https://www.bmbf.de/upload\\_filestore/pub/Berufsbildungsbericht\\_2019.pdf](https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Berufsbildungsbericht_2019.pdf)

Der Berufsbildungsbericht 2019 beschreibt die Lage auf dem Ausbildungsmarkt für das Ausbildungsjahr 2017/2018 und zieht eine insgesamt positive Ausbildungsbilanz. So haben insgesamt 722.700 Anfängerinnen und Anfänger mit einer Ausbildung begonnen. Dies bedeutet einen Anstieg um 10.300 bzw. 1,4 % gegenüber dem Vorjahr. Ferner haben die Unternehmen insgesamt mehr Ausbildungsstellen angeboten als im Jahr zuvor. So standen zum 30.09.2018 insgesamt 589.100 Ausbildungsstellen bereit und damit 16.800 Stellen mehr als im Vorjahr.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen und liegt nun bei 531.400 Verträgen; das entspricht einem deutlichen Plus von 8.100 Verträgen.

An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, dass sich die Situation für den Ausbildungsberuf Rechtsanwaltsfachangestellte/r und Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte/r anders darstellt. Im Gegensatz zu der allgemeinen positiven Entwicklung nach dem Berufsbildungsbericht 2019 ist die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge für diesen Ausbildungsberuf im Vergleich zum Vorjahr um 7 % gesunken (vgl. BRAK-Nr. 147/2019 v. 26.03.2019).

Auch entwickelt sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage laut dem Berufsbildungsbericht 2019 weiter zugunsten junger Menschen: 100 Bewerberinnen und Bewerber stehen 106 Ausbildungsplätze

gegenüber. Auch hier schreibt sich der positive Trend der Vorjahre fort. Ein Jahr zuvor waren es rechnerisch noch 104,6.

Ferner geht aus dem Berufsbildungsbericht hervor, dass die Übernahmequote im Jahr 2017 bei 74 % lag. Sie ist damit nach einem kontinuierlichen Zuwachs über die letzten 7 Jahre nochmals stark gestiegen (zuletzt 68 %).

Der Berufsbildungsbericht macht neben den Erfolgen aber auch die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt deutlich. So gelang es nicht immer, freie Stellen und Bewerber zusammenzubringen. Ende 2018 waren noch 57.700 betriebliche Ausbildungsstellen unbesetzt; zugleich blieben 24.500 Bewerberinnen und Bewerber ohne Ausbildungsstelle.

Im Übrigen beteiligen sich junge Männer immer stärker an der dualen Ausbildung, während der Anteil junger Frauen hier weiter sinkt.

Die Bundesregierung hat sich für die kommenden Jahre das Ziel gesetzt, die berufliche Bildung zu modernisieren und auch attraktiver zu gestalten. Gemeinsam mit den Ländern und den Sozialpartnern wird mit zahlreichen Programmen, Initiativen und Projekten dazu beigetragen. Diese werden im Berufsbildungsbericht 2019 ausgewiesen sowie mit Budgets und – sofern schon vorhanden – Ergebnissen beschrieben. So ist es für die Bundesregierung von besonderer Bedeutung, Jugendliche über eine Berufsberatung und -orientierung frühzeitig über ihre Chancen und die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu informieren. Darunter fallen sog. „Potentialanalysen“ und „Werkstatttage“ in den Schulen. Diese bieten den Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Interessen und Talente zu erkunden und auch weniger bekannte Berufe kennenzulernen. Um Ausbildungsabbrüche zu verhindern, unterstützt die Bundesregierung ferner Auszubildende mit der „assistierten Ausbildung“ sowie mit „ausbildungsbegleitenden Hilfen“. Hierbei werden die Jugendlichen innerhalb der Ausbildung individuell unterstützt und sozialpädagogisch begleitet. Für Auszubildende, deren Abschluss gefährdet ist, hat die Bundesregierung zudem das Programm „Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen“ ins Leben gerufen.

Wegen der weiteren Einzelheiten darf ich Sie auf den Bericht verweisen. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Rechtsanwältin Jennifer Witte  
Referentin